

4. *Die Krise der bürgerlichen Demokratie im staatsmonopolistischen Kapitalismus*

4.1. **Die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den USA**

Autoritäre und offen antidemokratische Herrschaftsformen und -methoden haben in der Gegenwart in den USA ein gefährliches Ausmaß erreicht. Grundlegende staatliche Entscheidungen sind der Kontrolle der parlamentarischen Institutionen entzogen. Das enge Zusammenwirken von Kongreß und „big business“ wird auch von bürgerlich-liberalen Publizisten in den USA als latenter Skandal bezeichnet. Das bestehende Zweiparteiensystem befindet sich im Griff der „fat cats“, der großen Monopole, die es finanzieren und beherrschen. Und die demokratischen Rechte, die das I. bis X. Amendment zur Verfassung der USA den Bürgern zusicherten, werden von den Machtorganen mißachtet, insbesondere dann, wenn die Volksmassen sie beanspruchen, um ihre politischen und sozialen Forderungen durchzusetzen. All dies ist Ausdruck der neuen Qualität des Zusammenwirkens zwischen Monopolen und Staat, wie sie sich auch in den USA mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus als besondere Phase des Imperialismus herausgebildet hat.

Aus historischer Sicht werden drei Tendenzen deutlich, die die staatsmonopolistische Entwicklung in den USA charakterisieren: Bereits mit dem Übergang zum Imperialismus existierte eine feste Personalunion zwischen den zentralen staatlichen Institutionen und den Trusts; in den dreißiger Jahren erreichte die ökonomische Tätigkeit des bürgerlichen Staates in den USA (und damit auch die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates) eine neue Etappe; die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor und nach dem zweiten Weltkrieg ging einher mit tiefgreifenden Veränderungen der Regierungsform, des Staatsaufbaus und des Mechanismus der bürgerlichen Demokratie.

„Die Herren der Regierung der Vereinigten Staaten sind die verbündeten Kapitalisten und Fabrikanten der Vereinigten Staaten. Auf jeder Seite der

Kongreßberichte steht das zu lesen, wie ein roter Faden zieht es durch die Geschichte der Beratungen im Weißen Hause: Alle Anregungen zu unserer Wirtschaftspolitik kamen aus einer Quelle und nicht aus vielen. Die wohlwollenden Wächter und gutherzigen Kuratoren, die uns die Mühe des Regierens abnahmen, sind so bekannt geworden, daß heute fast jeder die Liste ihrer Namen aufstellen kann . . . , die Leute, die wirklich gefragt werden, sind die Männer mit den größten Kapitaleinlagen — die großen Bankiers, die großen Fabrikanten, die großen Handelsherren, die Führer der Eisenbahngesellschaften und der Dampfkompagnien.“¹ Dieser Einschätzung, die Woodrow Wilson in einer Wahlrede im Jahre 1912 traf, als er zugleich die Auftürmung einer „unsichtbaren Herrschaft . . . über den Formen der Demokratie“² anprangerte, ist kaum etwas hinzuzufügen. Allerdings ist Wilsons Auffassung zu jener Art von Kritik zu rechnen, „welche die Gegenwart zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß“³. Die feste Allianz von zentraler Staatsmacht und Monopolkapital war in den USA weder unter Präsident Woodrow Wilson noch unter einem seiner Nachfolger jemals gefährdet. Es handelte sich eben nicht, wie Wilson das in seiner Wahlkampagne sagte, um eine vorübergehende Fehlentwicklung der Demokratie, die ein „Präsident des Volkes“ jederzeit rückgängig machen könnte. Es war die Konsequenz daraus, daß sich eine Finanzoligarchie herausgebildet hatte, „die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt“⁴. Diese Allianz entwickelte sich in den USA lediglich besonders früh und offenkundig, weil sehr bald Monopole entstanden, weil das „Beutesystem“ (spoils system) der zwei großen bürgerlichen Parteien diese Tendenz begünstigte.

Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates erreichte vor allem im ersten Weltkrieg und während der großen Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Stufe. In den USA hatten sich, nachdem das Land am 6. April 1917 in den Weltkrieg eingetreten war, schon vorhandene Ansätze einer staatsmonopolistischen Regulierung — so zum Beispiel die Aktivitäten des Finanzministeriums auf dem Geld- und Kreditmarkt — verstärkt (die Industrie wurde vom Kriegsindustrienausschuß koordiniert; Kriegsbehörden der Exekutive wurden gebildet; ein staatliches Eisenbahnmonopol wurde errichtet).⁵ Die zunehmende wirtschaftliche Macht der Monopole, die sich verschärfenden kapitalistischen Widersprüche, das Entstehen der Sowjetunion — Beginn und Wesensmerkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus — erforderten auch in den USA veränderte Beziehungen zwischen Monopolen und Staat. Insbesondere mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1933), als in den USA das Bruttosozialprodukt um 28,9 Prozent fiel, war es für die Monopole notwendig, die Spontaneität des kapitalistischen Marktes weiter einzuschränken. Dazu benötigten sie

den Staat. Von 1930 bis 1932 machten 85 000 kapitalistische Betriebe bankrott. Die Produktion sank in der Fabrikindustrie und im Bergbau um mehr als die Hälfte.⁶ Die Arbeitslosenquote stieg 1932 auf 23,6 Prozent. Angesichts dieser wirtschaftlichen Zerrüttung – neben dem Krieg war das der entscheidende Faktor, der die imperialistischen Staaten zwang, vom monopolistischen Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus überzugehen⁷ – orientierten sich maßgebende Kreise des Imperialismus der USA an den Ideen des englischen Ökonomen John M. Keynes. Danach mußte der Kapitalismus sich „entweder mit einer Politik direkter Einmischung seitens der Regierung und der Subventionen für die Industrie abfinden oder hoffnungslos zugrunde gehen“⁸. Präsident Herbert C. Hoover hatte es auch in der Zeit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise abgelehnt, daß sich der Staat in erweiterter Form in das Wirtschaftsleben einmischt. Präsident Franklin D. Roosevelt, der am 4. März 1933 sein Amt antrat, setzte demgegenüber mit der Politik des „New Deal“ darauf, den Kapitalismus mit Hilfe eines umfassenden Programms staatsmonopolistischer Reformen und Teilzugeständnisse zu retten. Innerhalb kurzer Zeit verabschiedete der Kongreß zahlreiche Gesetze, die vom Präsidenten vorgeschlagen und von seinem Beraterstab (Berle, Moley, Tugwell und anderen) ausgearbeitet worden waren. Diesen Gesetzen lag die Konzeption zugrunde, den Staat verstärkt einzusetzen, um mit ökonomischen Stimuli und staatlichen Subventionen für die Monopole, mit dem staatlichen Aufkauf eines Teils der Produktion sowie mit einigen Bau- und Sozialprogrammen die Wirtschaft wieder zu beleben. Damit sollten der Preisverfall aufgehalten, die Arbeitslosenquote gesenkt und die zum Kampf entschlossenen Arbeiter beschwichtigt werden. Die Politik des „New Deal“ war in sich sehr widersprüchlich. Sie beschleunigte einerseits die staatsmonopolistische Entwicklung, reagierte jedoch andererseits auf Forderungen der Arbeiterklasse, ihre Lebens- und Kampfbedingungen zu verbessern, indem einige politische und soziale Rechte gesetzlich verankert wurden. In der Zeit des „New Deal“ entstanden unter Mitwirkung von Vertretern des Monopolkapitals mehrere zentrale staatliche Einrichtungen zur Regulierung der Wirtschaft. In den folgenden Jahrzehnten wurden diese Institutionen ausgebaut; sie trugen damit maßgeblich dazu bei, daß sich auf der Grundlage der zunehmenden Verflechtung von Exekutive, Kongreß und Konzernen die staatsmonopolistische Entwicklung vollzog. Insbesondere gehörten dazu das in dieser Zeit geschaffene und von den Vertretern der Monopole beherrschte System der Kommissionen zur Regulierung der Wirtschaft („Independent Regulatory Commissions“)⁹, der verstärkte staatliche Einfluß auf das 1913 von W. Wilson eingerichtete Bundesbankensystem („Federal Reserve System“) und das Amt zur Sanierung der Landwirtschaft („Farm Security Administration“). Weiterhin ist dazu zu rechnen, daß das Budgetbüro zum Instrument

der Präsidialgewalt wurde. Die 1935 gebildete Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen („National Labor Relations Board“) erhielt zur Aufgabe, Lohnkonflikte im Interesse der Monopole zu regulieren.

Das Oberste Gericht der USA erklärte entscheidende Gesetze des „New Deal“ unter dem Druck einflußreicher Kreise des Monopolkapitals in den Jahren 1935 und 1936 für verfassungswidrig (der Kongreß verabschiedete sie daraufhin in kaum veränderter Fassung neu). Einige der neu geschaffenen Institutionen bestanden auch nur vorübergehend. Unabhängig davon erwiesen sich viele einschneidende Veränderungen im Verhältnis Monopole – Staat und in der staatlichen Tätigkeit als nicht mehr rückgängig zu machen: die Verschmelzung der zentralen staatlichen Institutionen mit dem Monopolkapital, die aktive Rolle des bürgerlichen Staates im Wirtschaftsleben und die Zentralisierung der Staatsmacht. „Seit den Tagen der großen Wirtschaftskrise“, so schätzt die Kommunistische Partei der USA in ihrem Programm ein, „hat das Großkapital in wachsendem Maße die wirtschaftliche Macht und die Mittel der Regierung ausgenutzt, um seine Profite zu vergrößern und die Vorherrschaft der USA-Monopolmacht im In- und Ausland zu verstärken. Im Zuge der engeren Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht sind die Direktoren der Monopole in entscheidende Ämter in Washington und in Schlüsselpositionen des Kabinetts eingedrungen, um die Regierung den Monopolen noch gefügiger zu machen. In wachsendem Maße benutzt das Monopolkapital den Staat zur Beschaffung von Märkten, Kapitalien und Subventionen, zur Übernahme der Garantie für Märkte und Investitionen im Ausland und als Stoßdämpfer bei Verlusten in Krisenzeiten.“¹⁰

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in den USA hat sich seit den Zeiten des „New Deal“ weiterentwickelt. Die Ursachen dafür sind im ökonomischen Bereich, aber auch in politischen Faktoren, insbesondere in der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und zuungunsten des USA-Imperialismus, begründet. Die ökonomische Macht ist immer stärker in den Händen riesiger Monopole zusammengefaßt, ebenso wie Industrie- und Bankkapital immer mehr verschmelzen. Die staatsmonopolistische Entwicklung wurde nach dem zweiten Weltkrieg maßgeblich dadurch geprägt, daß der Militär-Industrie-Komplex entstand. Die ökonomische Potenz des Staates und die Formen der staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben haben in den letzten Jahrzehnten – nicht zuletzt auf Grund der wissenschaftlich-technischen Revolution – neue Dimensionen angenommen.

Heute beherrschen etwa 500 Monopolgruppen, die von wenigen Finanzgruppen kontrolliert werden, die Wirtschaft der USA.¹¹ Zu den Konzernen, deren Umsatz eine Milliarde Dollar überschreitet, gehörten im Jahre 1974 über 40 Prozent dieser 500 Konzerne (203). 1974 entfielen auf die 500 größ-

ten Konzerne rund zwei Drittel des Umsatzes, fast drei Viertel der Profite und etwa drei Viertel der Arbeitskräfte aller kapitalistischen Industriebetriebe der USA.¹² Während im Jahre 1909, wie Lenin nachwies, fast die Hälfte der Gesamtproduktion aller Betriebe in den USA in den Händen von etwa 3 000 kapitalistischen Unternehmen lag (1,1 Prozent)¹³, erzeugen heute nur rund 200 Industriekonzerne (0,1 Prozent) die Hälfte der Jahresproduktion. Allein die elf größten Konzerne, die 1974 einen Gesamtumsatz von 221 Milliarden Dollar auswiesen, sind mit über 16 Prozent am Umsatz der gesamten Industrie der USA beteiligt. Bereits Ende der sechziger Jahre kontrollierten die 200 größten Industriekonzerne etwa zwei Drittel der Aktiva aller kapitalistischen Unternehmen. Das ist ungefähr der gleiche Anteil, den 1941 die 1 000 größten Konzerne besaßen.¹⁴ Die Zahl der Fusionen und Einverleibungen stieg von 1424 (1950 bis 1954), 3 365 (1955 bis 1959) und 4 366 (1960 bis 1964) auf 14 453 (1965 bis 1969).¹⁵

Die größten USA-Konzerne verkörpern eine gewaltige ökonomische und politische Macht. Mit einem Produktionswert von mehr als 24 Milliarden Dollar stand General Motors bereits 1969 in der Rangliste der 100 größten kapitalistischen Länder und Industriekonzerne (in bezug auf den Wert der jährlichen Produktion) an 15. Stelle noch vor Belgien, Argentinien und der Schweiz. Standard Oil (Exxon) und Ford produzieren jeweils mehr als Pakistan, Dänemark oder Österreich. Der Jahresumsatz von ITT war ebenso hoch wie der von Chile oder Portugal.¹⁶ Eine zunehmende Konzentration ist auch im Bankwesen der USA festzustellen. Zugleich verschmilzt das Industrie- und Bankkapital – ein entscheidendes Merkmal des Imperialismus – immer weiter. 1968 verfügten die Banken der USA über Aktiva in Höhe von 500,7 Milliarden Dollar. 102 der größten Bankgesellschaften (0,4 Prozent der Bankinstitute) besaßen dabei 43 Prozent des gesamten Bankkapitals. 30 Banken verwalteten 51,7 Prozent des von Banken insgesamt verwalteten Industrievermögens. 49 Banken waren über gemeinsame Direktoren mit 286 der 500 größten Konzerne verbunden. Anfang der siebziger Jahre waren 47,4 Prozent des Wertes aller in Umlauf befindlichen Aktien von den Bankinstituten aufgekauft. Von 1941 bis 1971 wuchs die Summe der von den Geschäftsbanken vergebenen Kredite auf das Vierzehnfache, von 22 auf 318 Milliarden Dollar.¹⁷ Das Finanzkapital der USA bestimmt über seine Machtzentren in den Banken und Konzernen den kapitalistischen Geldmarkt und die kapitalistische Industrieproduktion.

Mit dem sich entwickelnden staatsmonopolistischen Kapitalismus stieg nach dem zweiten Weltkrieg der Kapitalexport rapide an, und es breiteten sich Zweig- und Tochtergesellschaften von USA-Konzernen im kapitalistischen Ausland aus.

Private Kapitalanlagen von USA-Konzernen im Ausland (Mill. Dollar)¹⁸

Jahr	insgesamt	in Entwicklungs- ländern	in kapitalistischen Industrielländern
1950	11 788	5 748	5 684
1955	19 313	—	10 425
1960	31 865	11 129	19 319
1965	49 474	15 177	32 312
1970	78 179	21 448	53 145
1971	86 001	23 337	58 346

Von 1946 bis 1971 gründeten die großen Konzerne der USA ungefähr 10 000 Auslandsniederlassungen.¹⁹

Mehr als drei Viertel der 200 größten USA-Konzerne sind „vom amerikanischen Finanzkapital kontrollierte transnationale Kapitalgesellschaften mit Tochterbetrieben in vielen Ländern... in Größe und Dimension ihrer Operationen lassen die amerikanischen Kapitalgesellschaften ihre Konkurrenten weit hinter sich“²⁰. Unter den 15 größten transnationalen Konzernen befanden sich 1972 elf Konzerne der USA:

	Gesamtumsatz 1974 in Md. Dollar ²¹	Anteil des Auslands- satzes 1972 in Prozent ²²
Exxon (Esso)	42,1	50
General Motors	31,5	19
Ford	23,6	26
Texaco	23,3	40
Mobil Oil	18,9	45
Standard Oil of Calif.	17,2	45
Gulf Oil	16,5	45
General Electric	13,4	16
IBM	12,7	39
ITT	11,2	42
Chrysler	11,0	24

1965 stammten 22 Prozent der Gewinne der USA-Konzerne aus Auslandsvermögen (1950: 9,6 Prozent).²³ Mitte der siebziger Jahre belief sich das Produktionsvolumen der USA-Konzerne im Ausland auf mehr als 200 Milliarden Dollar.

Das bedeutendste Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach 1945 – dessen „unheilvollste Ausgeburt“, wie die Kommunistische Partei der USA einschätzt²⁴ – ist der hohe Grad der Militarisierung der Wirtschaft und aller Bereiche der Gesellschaft in den USA. Dies und die enge Verflechtung der großen Monopole, die im Rüstungsgeschäft tätig sind, mit dem militärischen Apparat führten dazu, daß sich ein besonderer staatsmonopolistischer Sektor, der Militär-Industrie-Komplex, herausbildet.

Betrug der Anteil der direkten Rüstungsausgaben Anfang dieses Jahrhunderts 0,8 Prozent, so lag er in den fünfziger und sechziger Jahren bei 9,8 bzw. 8,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. In den Haushaltsjahren 1974, 1975 und 1976 (als Haushaltsjahr wird in den USA die Zeit vom 1. Juli des laufenden Jahres bis zum 30. Juni des folgenden Jahres bezeichnet) erreichten die unmittelbaren Ausgaben für „nationale Verteidigung“ die gewaltige Höhe von 78,6, 85,3 und 90,6 Milliarden Dollar. Das sind zwischen 27 und 29 Prozent der Gesamtausgaben des USA-Bundeshaushaltes (die tatsächlichen Militärausgaben betrugen mindestens 100 Milliarden Dollar). Die Streitkräfte umfassen heute – in Friedenszeiten – nahezu drei Millionen Mann (1914: 0,2 und 1935: 0,3 Millionen). Etwa 13 Prozent aller Arbeitskräfte werden in der Rüstungsproduktion bzw. im militärischen Apparat des Staates beschäftigt. Mehr als 80 Prozent aller Staatsausgaben der Union für Forschung und Entwicklung werden für Rüstung, Weltraum- und Kernforschung ausgegeben. Die Rüstungsausgaben des Staates sind für die Monopole die Quelle riesiger staatlich garantierter Profite. 100 Konzerne erhalten etwa 68 Prozent aller Rüstungsaufträge.²⁵ Im Jahre 1960 erzielten die 500 größten Industriekonzerne 16,7 Prozent ihrer Nettoprofite aus Rüstungsaufträgen.²⁶

Ein weiteres Merkmal des Monopolkapitalismus der USA, das sich tiefgreifend auf den Staatsapparat und den Mechanismus der bürgerlichen Demokratie auswirkt, sind die 24 Gangstersyndikate, die in dem Verbrecherkartell Cosa Nostra zusammengeschlossen sind. Diese Syndikate haben sich zu einem gewaltigen Wirtschaftsmonopol entwickelt, das seine Gewinne nicht nur aus dem Rauschgiftgeschäft, der Prostitution, dem Glücksspiel usw. bezieht (1970: 7 bis 8 Milliarden Dollar), sondern das auch im großen Stil im „normalen“ kapitalistischen Wirtschaftsleben tätig geworden ist. Der Umsatz der Cosa Nostra aus legalen Geschäften (ihr gehören unter anderem Banken, Kreditinstitute, Börsenmaklerfirmen, Grundstückskonzerne, Betriebe der Konfektionsindustrie und des Baugewerbes an) betrug bereits in den sechziger Jahren nach Schätzungen jährlich etwa 22 Milliarden Dollar. Damit war die Cosa Nostra damals eigentlich der größte USA-„Konzern“, noch vor General Motors, General Electric oder Standard Oil.²⁷

Die sich verändernde ökonomische Basis des USA-Imperialismus wirkte sich gravierend auf die staatliche Tätigkeit, den Mechanismus des Staates

und die Beziehungen zwischen Staat und Monopolen aus. Die Zusammenballung der ökonomischen Macht und die neuen Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse zwangen den imperialistischen Staat dazu, stärker in das Wirtschaftsleben einzugreifen, seine ideologische Tätigkeit und überhaupt seine Aufgaben auszuweiten, um die monopolistischen Machtverhältnisse zu sichern. Der Staat übernimmt heute auch die Verantwortung für die politischen und ideologischen Bedingungen der internationalen Kapitalverwertung. Eine wesentliche Quelle der gestiegenen Aggressivität des USA-Imperialismus ist die Herausbildung des Militär-Industrie-Komplexes und die internationale Expansion des USA-Kapitals, der Drang der Konzerne nach ständig wachsenden Profiten aus dem Rüstungsgeschäft und zunehmendem Kapitalexport besonders auch in die noch um ihre ökonomische und politische Selbständigkeit kämpfenden jungen Nationalstaaten. All das prägt wesentlich die Rolle, die der USA-Imperialismus als Hauptkraft des Imperialismus in der Gegenwart spielt. Die Entwicklung des Monopolkapitalismus in den USA war vor allem mit einer neuen Qualität der Verflechtung von Staat und Monopolen verbunden. „Der Regierungsapparat“, so schätzt die Kommunistische Partei der USA ein, „der ... etwa 250 Milliarden Dollar (im Haushaltsjahr 1975/76: 349,4 Milliarden Dollar — d. Verf.) jährlich auf allen Ebenen verausgabt, ist zu einer riesigen Schleuse geworden, durch die Milliarden Dollar ... in die Tresore der Riesenmonopole fließen.“²⁸ Der Staat in den USA kauft heute etwa ein Fünftel des nationalen Bruttoprodukts auf. Von einzelnen Industriezweigen, so von der Flugzeugindustrie, übernimmt der Staat bis zu 95 Prozent der Produktion. Seit 1929 sind die jährlichen Ausgaben des USA-Bundeshaushalts, selbst wenn die fortschreitende Inflation in Rechnung gestellt wird, auf etwa das Fünzigfache gestiegen. Mit steigenden Einkommenssteuern (von 1940 bis 1970 erhöhten sich die individuellen Einkommenssteuern auf das Neunzigfache!) schuf der bürgerliche Staat die Voraussetzung, um den Monopolen durch staatliche Aufträge, Steuervergünstigungen und Subventionen riesige Profite zu garantieren. Zwar gibt es im staatsmonopolistischen Kapitalismus der USA fast keine staatseigenen Konzerne wie in der BRD und in anderen imperialistischen Ländern, jedoch hat die Regierung der USA von 1940 bis Ende der sechziger Jahre Betriebe, Laboratoriumsausrüstungen und Betriebsausrüstungen im Werte von 45 Milliarden Dollar zur Nutzung gekauft. Der USA-Staat besaß nach Angaben der Monatszeitschrift „Fortune“ 1972 allein auf Bundesebene mehr Vermögenswerte (422 Milliarden Dollar) als die 250 größten USA-Konzerne zusammen!²⁹

Die Entwicklung des Staates und die Krise der bürgerlichen Demokratie im Imperialismus werden wesentlich bestimmt vom Fortschreiten der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Situation des USA-Imperialismus ist

keineswegs nur aus den in ihm wirkenden Gesetzmäßigkeiten zu erklären. Sie ist im bedeutenden Maße das Resultat der weltweiten revolutionären Veränderungen — des Niedergangs des Kapitalismus, der Siege des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen —, wie sie sich in diesem Jahrhundert vollzogen haben. Als der erste sozialistische Staat in der Welt, die Sowjetunion, entstand, engte das die Aktionsmöglichkeit des USA-Imperialismus erheblich ein. Die militärische Intervention gegen die Sowjetunion endete mit einer Niederlage. Der Expansion des nach Weltherrschaft drängenden USA-Monopolkapitals wurden Grenzen gesetzt. Zugleich wuchs die Aggressivität des USA-Imperialismus. Die Aggressivität hatte nunmehr nicht mehr allein ihre Ursache darin, daß die Monopole der USA, unterstützt vom imperialistischen Staat, im Streben nach Maximalprofiten im internationalen Maßstab auf die Konkurrenz ausländischer Monopole und anderer imperialistischer Staaten stießen. Sie wurde zunehmend motiviert durch die prinzipielle Feindschaft zum realen Sozialismus. Die Schwächung des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg und die damit verbundene zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zwangen den USA-Imperialismus weiter in die Defensive. Seine Politik, mit Hilfe des kalten Krieges, der atomaren Drohung, der Unterstützung konterrevolutionärer und der Vorbereitung militärischer Aktionen den Sozialismus als Gesellschaftssystem zu beseitigen, scheiterte. Er schritt zwar überall dort mit militärischer Gewalt ein, wo die Positionen des Imperialismus bedroht erschienen; das Erstarken der sozialistischen Staatengemeinschaft, der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und der Friedensbewegung in den imperialistischen Hauptländern veränderten jedoch in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus das internationale Kräfteverhältnis in einem Maße zuungunsten des USA-Imperialismus, daß er sich diesen neuen Bedingungen anpassen mußte. „Kurz gesagt“, so stellte die KP der USA auf ihrem XXI. Parteitag fest, „das Kräfteverhältnis verändert sich, weil das Prestige und der Einfluß des Weltsozialismus ständig anwachsen und die Möglichkeiten des Weltimperialismus, den Gang der Ereignisse zu beeinflussen oder zu bestimmen, ständig geringer werden.“³⁰ Die Macht und der Einfluß der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft zwangen die USA, wenn auch widerstrebend, auf die friedliche Koexistenz einzugehen.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung sind auch bestimmte qualitative Veränderungen in der ökonomischen Stellung der USA in der Welt zu sehen.

Anteil der USA an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder (in Prozent)

1870	1900	1913	1929	1937	1950	1960	1970	1974
23,3	30,1	35,8	44,0	41,2	54,6	45,7	40,8	39,2

Seit der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg und insbesondere mit dem Übergang zum Imperialismus konnten die USA über acht Jahrzehnte hinweg ihren Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt erhöhen. Wenn auch die USA mit knapp 40 Prozent der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder noch über eine gewaltige ökonomische, politische und militärische Macht verfügen, so ist doch diese aufsteigende Entwicklungsphase nunmehr zu Ende. *„Die über einen längeren historischen Zeitraum bestimmende aufsteigende Tendenz der ökonomischen Stellung der USA in der kapitalistischen Welt hat ihren Zenit überschritten, und alle Faktoren sprechen dafür, daß es keine Rückkehr zu jenem Höhepunkt geben wird, der nach dem zweiten Weltkrieg erreicht war.“*³¹

Die zu Beginn dieses Jahrhunderts entwickelte Theorie vom „amerikanischen Exzeptionalismus“, die besagt, daß der Kapitalismus der USA etwas ganz Besonderes sei, ein Wirtschaftssystem, das von zunehmender Prosperität, der Aufhebung der Klassengegensätze, vom Fehlen des Klassenkampfes und von stabilen ökonomischen und politischen Verhältnissen gekennzeichnet werde, erwies sich gerade unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus als völlig haltlos. Die schweren Krisen, die den USA-Imperialismus erschüttern, die sich vertiefenden Klassengegensätze und die zunehmenden Erscheinungen der Deformation und Labilität der bürgerlich-demokratischen Institutionen bestätigen vollauf die Leninsche Analyse des Imperialismus.

4.2. Grundzüge der Deformation bürgerlich-demokratischer Institutionen und Rechte

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist jene Phase der historischen Entwicklung, in der sich auch in den USA die Krise der bürgerlichen Demokratie außerordentlich vertiefte und in der die dem Imperialismus innewohnende Tendenz zur Negation der Demokratie voll zum Ausdruck kommt.

In den letzten vier Jahrzehnten wurden die bürgerlich-demokratischen

Institutionen und die Bürgerrechte in einem Maße deformiert, wie dies in den vorangegangenen eineinhalb Jahrhunderten auch nicht annähernd der Fall gewesen war. Hintergrund und Ursache dieses Prozesses ist vor allem, daß sich mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus der unversöhnliche Widerspruch zwischen der zutiefst antidemokratischen monopolistischen Machtzusammenballung und dem demokratischen Anspruch der Institutionen und Rechte der bürgerlichen Demokratie unweigerlich verschärft. Die Erscheinungsformen dieser Krise sind nicht nur äußerst vielfältig, sondern auch sehr widerspruchsvoll. Das ergibt sich daraus, daß sehr unterschiedliche Faktoren die Krise der bürgerlichen Demokratie beschleunigen, aber auch hemmen. Diese Krise widerspiegelt gerade in den USA in besonderem Maße die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in ihrer dritten Etappe. Das zeigt sich keineswegs nur darin, daß die herrschenden imperialistischen Kreise der USA auch die bürgerlich-demokratischen Institutionen zu nutzen suchen, um gegen den Sozialismus Front zu machen. Besonders die in den fünfziger Jahren gegen die Sowjetunion gerichtete ausgeprägt aggressive Politik und der auf diesem Nährboden entstehende Militär-Industrie-Komplex waren wesentliche Hebel, um sowohl die Rechte des Kongresses als auch die Bürgerrechte einzuschränken.

Bedeutsam war und ist vor allem, daß die sozialistische Demokratie, eine Demokratie eines neueren, höheren Typus, entstand, deren Überlegenheit darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterklasse, die Volksmassen tatsächlich die Staatsmacht ausüben. Demgegenüber befindet sich die bürgerliche Demokratie in einer ausweglosen Defensivposition. Auf das Beispiel der sozialistischen Demokratie reagierend, suchen die herrschenden Kreise der USA zwar heute eine Teilnahme des Volkes vorzutäuschen, jedoch nur, um damit die Bevölkerung um so sicherer und rigoroser davon auszuschließen, Einfluß auf Staat und Politik zu nehmen. Die bürgerlich-demokratischen Institutionen und Rechte stehen im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter dem Zwang der großen Monopole und der sich zunehmend autoritärer Herrschaftsmethoden bedienenden Zentren des imperialistischen Staates. Deshalb bieten sie den herrschenden imperialistischen Kreisen der USA in der Gegenwart noch bedeutende Möglichkeiten, demokratische Bewegungen niederzuhalten sowie ökonomische und soziale Krisenerscheinungen mehr oder weniger aufzufangen. Insbesondere in Zeiten erhöhter ökonomischer Labilität wirken die Widersprüche des Imperialismus jedoch auch heftig in die bestehenden bürgerlich-demokratischen Institutionen hinein und lösen Erscheinungen der Zerrüttung und zum Teil heftige politische Differenzen innerhalb dieser Institutionen aus.

Gerade in bezug auf die USA darf die fortschreitende Krise der bürgerlichen Demokratie nicht so verstanden werden, als ob der politische Über-

bau unfähig wäre, die Klassenherrschaft der Monopole zu gewährleisten. Ohne Zweifel verfügt das politische System der USA immer noch über eine nicht zu unterschätzende Manövrierfähigkeit. Gegenwärtig äußert sich die Krise der bürgerlichen Demokratie vor allem noch in solchen Erscheinungen wie Deformationen des Regierungssystems, Angriffe auf die Bürgerrechte, Rückgang der Stimmen für die Partei des regierenden Präsidenten und abnehmende Wahlbeteiligung. Die Widersprüche zwischen den parlamentarischen Institutionen und der Präsidialgewalt einerseits sowie zwischen der vom Kongreß und dem Präsidenten betriebenen Politik und den Interessen der Volksmassen andererseits vertiefen sich. Diese Erscheinungen stellen jedoch die Fähigkeit dieser Institutionen, die bestehenden Machtverhältnisse zu erhalten, weder wesentlich noch für die nächste Zeit in Frage. Wahlrecht und Parteiensystem errichten hohe Barrieren gegen die erforderliche Kandidatur von Repräsentanten antimonopolistischer Kräfte. Eine politische Massenpartei der Arbeiterklasse oder eine einheitliche Massenbewegung auf antimonopolistischer Grundlage konnte sich bisher nicht entwickeln. Die Massenmedien, die Bildungseinrichtungen und andere Institutionen propagieren die Freund-, Feind- und Leitbilder der bürgerlichen politischen Ideologie. Der Antikommunismus, die Ideologie der Klassenzusammenarbeit, der Glaube daran, daß die amerikanische Lebensweise, das Sozialsystem und die bestehenden bürgerlich-demokratischen Institutionen die besten in der Welt seien und man selber zur „Mittelklasse“ gehöre, sind selbst in Teilen der Arbeiterklasse tief verwurzelt. Vielfältige Institutionen des staatlichen Unterdrückungsapparates überwachen das politische Leben und bekämpfen – gegebenenfalls auch unter Bruch elementarer Prinzipien der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit und einer gerechten Prozeßführung (due process) – alle Anstrengungen der Kommunistischen Partei der USA und anderer antiimperialistischer Kräfte, politischen Einfluß zu gewinnen, sich zusammenzuschließen, in den Gewerkschaften die Politik der Kollaboration mit dem Monopolkapital zu beenden und ihre Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften und die Exekutivorgane zu entsenden.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie in den USA drückt sich darin aus, daß der politische Machtmechanismus expandiert: Die Präsidialgewalt wird zuungunsten der anderen Exekutivorgane und des Kongresses in wachsendem Maße den Interessen des Monopolkapitals angepaßt; eine „unsichtbare Regierung“, die neben den bürgerlich-demokratischen Strukturen des Staates andere, offen antidemokratische Institutionen schafft, bildet sich heraus; die föderalistische Staatsstruktur wird deformiert; die bürgerlich-demokratischen Institutionen werden vom Monopolkapital beherrscht; bürgerlich-demokratische Rechte werden abgebaut und zerstört.

Eine erste Tendenz zur Deformation der bürgerlichen Demokratie be-

steht darin, daß die Präsidialgewalt ausgeweitet und von den Monopolen beherrscht wird. Wesentliche Rechte des Kongresses wie das Gesetzgebungsrecht und das Budgetrecht werden heute weitgehend vom Präsidenten ausgeübt. Weil die im staatsmonopolistischen Kapitalismus vom bürgerlichen Staat übernommenen neuen Aufgaben hauptsächlich von der Exekutive wahrgenommen werden, vollzieht sich dort vor allem die fortschreitende Vereinigung von Staat und Monopolen. Für die USA ist es auch heute noch typisch, „daß die größten Geschäftsleute sie (die Regierung — d. Verf.) in zunehmendem Maße selbst ausüben... Die funktionelle Verschmelzung zwischen Staat und Konzernen ist begleitet von der Personalunion der führenden Männer beider Sphären.“³² Von den 2 000 leitenden Angestellten in der Bundesexekutive, die Nixon 1969 neu berief, kamen — nach offiziellen Angaben — 28 Prozent aus der „Wirtschaft“ (20 Prozent unter Johnson, 17 Prozent unter Kennedy und 34 Prozent unter Eisenhower). Im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus wurden der Präsident und dessen Beraterstab zum Zentrum staatsmonopolistischer Willensbildung. Deshalb ist die Wahl des Präsidenten, der Einfluß auf ihn für die Monopole eine entscheidende Frage.

Dabei tritt eine zweite Tendenz auf, die für die Krise der bürgerlichen Demokratie in den USA charakteristisch ist. Über die veränderten Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive hinaus hat sich — wie die Kommunistische Partei der USA einschätzt — eine „unsichtbare Regierung“ herausgebildet, die sich der Kontrolle der parlamentarischen Institutionen entzieht. „Institutionen wie das Pentagon, der Nationale Sicherheitsrat, die CIA, das FBI und all die verschiedenen anderen ‚unsichtbaren‘ Regierungsagenturen, die außerhalb des Bereichs demokratischer Kontrollen existieren, werden die primären entscheidungstreffenden Institutionen... Das Aufkommen dieses politischen Machtzentrums hinter den Kulissen, das so eng mit den Zentren der Finanz- und Industrietruste... verknüpft ist, stellt eine äußerst gefährliche Bedrohung der gesamten demokratischen Struktur dar.“³³ Autoritäre und offen antidemokratische Herrschaftsmethoden — eine ihrer typischen Erscheinungsformen war die Watergate-Affäre — zeugen direkt von dieser Deformierung der bürgerlich-republikanischen Staatsform.

Eine dritte Tendenz ist, daß der fortschreitende Monopolisierungsprozeß und die wachsenden Aufgaben, die der imperialistische Staat hat, um die Macht- und Profitinteressen des Monopolkapitals zu sichern, auch zum Abbau der Rechte der Einzelstaaten drängt. Bereits die Gesetzgebung des „New Deal“ modifizierte den Föderalismus in den USA entscheidend. Unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde der kooperative Föderalismus zur offiziellen Staatsdoktrin. Nicht die Trennung, sondern die Kooperation bestimmt danach die Beziehungen zwischen Bundesstaat und Einzel-

staaten. Dabei spielt die Union auf Grund ihrer absolut und relativ wachsenden materiellen Mittel und der Konzentration der politischen Gewalt in Washington, insbesondere beim Präsidenten, die bestimmende Rolle. Diese Zusammenarbeit unter Vorherrschaft der Zentralregierung vollzieht sich vor allem in dem Prozeß, in dem die über 1 500 großen und kleinen Bundesprogramme verwirklicht werden. Namentlich Mitte der sechziger Jahre, als die Zahl der Bundesprogramme enorm anstieg, wuchs der Bundesexekutivapparat auf lokaler Ebene sehr schnell. Zum Teil begannen die Bundesministerien spezielle Bundesbezirke für die ihnen übertragenen Hilfsprogramme zu gründen.

Die Zentralgewalt stärkte sich im Verlaufe der staatsmonopolistischen Entwicklung gerade auch dadurch, daß der Anteil der finanziellen Ausgaben der Einzelstaaten an den staatlichen Gesamtausgaben rapide zurückging und die Einzelstaaten in hohem Maße von Bundeszuschüssen abhängen. Diese Zuschüsse werden häufig nur dann gezahlt, wenn Empfehlungen in Gesetzen des Kongresses befolgt werden. Der Anteil der Einzelstaaten und Kommunen an den gesamten Staatsausgaben, der noch 1929 74,5 Prozent betrug, fiel 1939 auf 48,9 Prozent und beträgt seit den vierziger Jahren kaum mehr als 30 Prozent. Die Höhe der Bundeshilfe, die im Jahre 1900 ganze 3 000 Dollar betrug, stieg 1935 schon auf 2,3 Millionen Dollar, stagnierte dann etwa bis 1955 und erhöhte sich schließlich schnell von 6,8 Millionen (1960), 24 Millionen (1970) auf 43,5 Millionen Dollar im Jahre 1973.³⁴ Die Bundesgesetzgebung setzt, soweit sie die Belange der Einzelstaaten berührt, eine Konsultation und Planung mit diesen Staaten voraus. Der Kongreß kann dabei die Gesetzgebungszuständigkeiten der Staaten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sehr weit einschränken. Es bedarf dazu lediglich der sogenannten preemption, das heißt der ausdrücklichen oder stillschweigenden Feststellung in einem Gesetz, daß der Kongreß auf der Grundlage der „interstate commerce clause“³⁵ der Verfassung die betreffende Frage abschließend regeln will. In der politischen Praxis beschränkt sich der Kongreß hinsichtlich sozialer und politischer Fragen auf eine Art Rahmengesetzgebung. Die Tendenz, die Zentralregierung zu stärken, schließt keineswegs aus, daß immer noch zahlreiche Fragen von den Einzelstaaten geregelt werden. Dies sind nicht zuletzt – neben der Sozialgesetzgebung – solche Bereiche wie das Strafrecht, das Wahlrecht und die Bürgerrechte. Dies gestattet es den reaktionären Kräften in den Einzelstaaten, dort antidemokratische Zustände aufrechtzuerhalten, die in Washington unter dem Druck der Bevölkerung längst hätten beseitigt werden müssen.

Eine vierte Tendenz, die für den Niedergang bürgerlicher Demokratie in den USA charakteristisch ist, besteht darin, daß die Monopolbourgeoisie

weitgehend auch die bürgerlich-demokratischen Institutionen beherrscht und die Bürgerrechte zunehmend ihres demokratischen Inhalts beraubt werden.

Sowohl das bestehende Zweiparteiensystem, die parlamentarischen Institutionen als auch das Amt des Präsidenten sind Bestandteile des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus geworden. Angesichts der Monopolisierung der parlamentarischen Vertretung – auf Bundesebene, in den Einzelstaaten und auch im lokalen Bereich – durch die zwei kapitalistischen Parteien ist auch das Wahlrecht weitgehend fiktiv. Abgeordnete und Senatoren sind zumeist selbst Vertreter von Kapitalinteressen. Die Monopole, insbesondere die Rüstungskonzerne, können jederzeit im Kongreß eine Mehrheit von Abgeordneten für eine ihnen erwünschte Gesetzgebung mobilisieren. Selbst der Gangstertrust Cosa Nostra, von dem nach Schätzungen amerikanischer Soziologen allein 15 Prozent der Wahlspenden für die beiden großen Parteien kommen sollen, verfügte in den sechziger Jahren im Kongreß über etwa 25 Abgeordnete.³⁶

Die Auseinandersetzungen im Kongreß bzw. zwischen Kongreß und Präsidenten spiegeln demzufolge zumeist lediglich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden Klasse wider. Selbst solche in mehreren Einzelstaaten verfassungsrechtlich verankerten demokratischen Institute wie Volksbegehren und Volksentscheid sind unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus weitgehend in ihrer demokratischen Wirksamkeit beschränkt. So erreichte es beispielsweise eine Bürgerinitiative in Kalifornien, daß Anfang November 1970 der Bevölkerung ein Gesetz zur Urabstimmung vorgelegt werden mußte. Dieses Gesetz schrieb vor, einen Teil des Benzinsteueraufkommens zum Bau von abgasfreien Transportmitteln wie Vorortschnellverbindungen und zur Smog-Kontrolle zu verwenden. Der Volksentscheid selbst ging jedoch negativ aus. 2 684 287 Bürger stimmten dafür, 3 112 611 dagegen. Dieses angesichts der eindeutigen Interessenlage der Bürger eigentlich unverständliche Ergebnis kam vor allem deshalb zustande, weil die betroffenen Monopole (wie Standard Oil, Shell Oil, Union und Texaco) mit Spenden von über 330 000 Dollar eine Propagandakampagne gegen das Gesetz in Gang setzten, während der Bürgerinitiative für die Begründung ihrer Gesetzesinitiative nur 15 000 Dollar zur Verfügung standen.³⁷

Die Krise bürgerlicher Demokratie in den USA drückt sich schließlich in vielfältigen direkten Angriffen auf die demokratischen Rechte aus, vor allem in der antidemokratischen Verfolgung der Kommunisten und anderer antiimperialistischen Kräfte, die faktisch unter Ausnahmerecht stehen. Die Terrorgesetze der McCarthy-Ära, auf die an anderer Stelle noch einzugehen ist, mußten im wesentlichen bis Ende der sechziger Jahre unter dem Druck der demokratischen Bewegung beseitigt werden. Geblieben ist jedoch ein System der Diffamierung, des Polizeiterrors und der Justizwillkür gegen Kom-

munisten. Antikommunistische Ausnahmegesetze existieren in zahlreichen Einzelstaaten. Dieses System richtet sich gegen die bewußtesten Vertreter der Arbeiterklasse, der Bürgerrechts- und Studentenbewegung und wird vom Antikommunismus und Rassismus ideologisch gestützt.

Soweit die bürgerlich-demokratischen Institutionen und Rechte dem Monopolkapital im Wege stehen, sucht das Monopolkapital diese Institutionen direkt auszuschalten und die Bürgerrechte zu zerstören. Soweit es ihm gelingt, Institutionen und Rechte der bürgerlichen Demokratie zu nutzen, um die Volksmassen niederzuhalten, bleiben sie zwar — auf vielfältige Weise deformiert — bestehen, büßen aber weitgehend jede demokratische Funktion ein. Der Widerspruch zwischen ihrer demokratischen Form und ihrem tatsächlichen, die Herrschaft der Monopole stützenden und verschleiern den Inhalt spitzt sich zu.

Da der Imperialismus „das Wachstum der demokratischen Tendenzen in der Masse der Bevölkerung nicht aufhält, sondern den Antagonismus zwischen diesen demokratischen Bestrebungen und der antidemokratischen Tendenz der Truste *verschärft*“³⁸, sind auch die bürgerlich-demokratischen Institutionen in den USA dem Druck der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ausgesetzt. Die Volksmassen suchen immer wieder, Einfluß auf das bestehende Parteiensystem und auf die parlamentarischen Institutionen zu erlangen. Unter diesen Bedingungen kann die Arbeiterklasse im Kampf um politische und soziale Ziele sowie um die Beseitigung antidemokratischer Gesetze durchaus gewisse Erfolge erringen. Da ein allgemeines Wahlrecht existiert, müssen der Präsident, die zwei großen Parteien und die Abgeordneten bzw. Senatoren Stimmungen und Forderungen der Bevölkerung berücksichtigen. Soweit die herrschenden imperialistischen Kreise zu Zugeständnissen und Ausweichmanövern gezwungen würden, suchten sie die erkämpften demokratischen und sozialen Verbesserungen unverzüglich zu entwerten und zu beseitigen oder sie dazu zu nutzen, um ihre Herrschaft zu tarnen. Der amerikanische Marxist Victor Perlo weist darauf hin, wie kompliziert der Kampf um Demokratie ist, und zeigt, daß die Klassenauseinandersetzung unweigerlich in die Institutionen der bürgerlichen Demokratie im staatsmonopolistischen Kapitalismus hineinreichen: „Natürlich ist die politische Struktur nach wie vor ihren eigenen Gesetzen und Mechanismen unterworfen. Das Volk übt weiterhin Druck aus. Es sucht nach wirksameren Mitteln und Wegen, seine demokratischen Rechte zu sichern und wahrzunehmen. Es versucht, den Staat aus einem Werkzeug der Monopole in ein Werkzeug der Massen umzuwandeln, ihn vom Wege des Krieges auf den Weg des Friedens zu führen. Bisweilen erringt es gewisse Zugeständnisse. Die letzte und ausschlaggebende Kontrolle aber befindet sich fester denn je in den Händen der Hochfinanz.“³⁹

4.3. Die sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Widersprüche vertiefen die Krise der bürgerlichen Demokratie

Auch in den USA geben sich die bürgerlichen Politiker und Ideologen immer dann grenzenlos optimistisch in bezug auf die wirtschaftliche und politische Zukunft, wenn die Wirtschaftskonjunktur eine Weile anhält. Das war Mitte der zwanziger Jahre ebenso der Fall wie Mitte der sechziger Jahre, als Präsident Lyndon B. Johnson den Bürgern der USA und aller Welt den Übergang zur „Großen Gesellschaft“ („Great Society“) ankündigte, zu einer Gesellschaft ohne Armut und Ungerechtigkeit, mit Freiheit für alle und gesichertem wirtschaftlichem Wachstum. „Wir haben die Macht“, erklärte Johnson damals, „unsere Zivilisation nach unseren Vorstellungen zu gestalten.“⁴⁰ Derartige glänzende Zukunftsvisionen haben längst einer pessimistischen Grundstimmung Platz gemacht. „Ich habe schlechte Nachrichten“, so leitete Präsident Gerald Ford seinen „Bericht über die Lage der Nation“ im Januar 1974 ein, „und ich rechne nicht mit Beifall.“⁴¹ Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die zyklische Krise, die sich dadurch ständig verschärfenden ökonomischen und sozialen Widersprüche haben zu latenten Erschütterungen des politischen Machtmechanismus und der Politik in den USA geführt. Arthur M. Schlesinger, einst einer der Berater von John F. Kennedy, zeichnete schon Ende der sechziger Jahre das Bild einer kranken Gesellschaft: „Im Innern sehen wir Gärung und Rebellion, die unsere Städte erfaßt haben; zunehmendes Mißtrauen und wachsende Bitterkeit von Minderheiten; fortschreitende Mißachtung der Gebote zivilisierten Zusammenlebens; ein Umsichgreifen der Gewalttätigkeit, ein Anschwellen des Fanatismus sowohl der äußersten Rechten als auch der äußersten Linken; zunehmende Neigung, vor allem bei den Intellektuellen, der Jugend und den Schwarzen, sich von der bestehenden Ordnung loszusagen.“⁴²

Die Gesellschaftskrise, die in den USA Ende der sechziger Jahre offen ausbrach und alle Bereiche erfaßte, hatte zunächst in bedeutendem Maße politische Ursachen: die unmenschliche Kriegführung der USA in Indochina, den Rassismus — das heißt die Verweigerung der Bürgerrechte für die Afroamerikaner —, die Ermordung prominenter Politiker und Persönlichkeiten, die Zunahme der Polizeiwillkür gegen demokratische Bewegungen, die gegen elementare demokratische Grundsätze verstoßenden Regierungspraktiken usw.

Diese Krise wies somit gegenüber den Krisenerscheinungen in anderen imperialistischen Ländern eine Reihe von Besonderheiten auf. Typisch für die USA sind seit geraumer Zeit eine sich besonders rapide zuspitzende ökologische Krise, eine zunehmende Massenverarmung, die hohe Kindersterb-

lichkeit, das Wohnungselend, eine Finanzkrise der Städte und eine Stadtkernkrise, das heißt, daß Stadtkerne, vor allem in den Großstädten, in Slums verwandelt werden.

In den siebziger Jahren kam zu diesen Faktoren, die Ausdruck der politischen Krise in den USA sind und sie vertiefen, hinzu, daß immer offenkundiger alle Versuche scheiterten, mit Hilfe von staatlichen Eingriffen die Wirtschaft zu regulieren. Die Industrieproduktion ging Anfang der siebziger Jahre zurück. Nach einem kurzen Aufschwung in den Jahren 1972 und 1973 folgte die schwerste Überproduktionskrise seit den dreißiger Jahren.

Zyklische Entwicklung der Industrieproduktion in den USA⁴³

Jahr	Steigerung bzw. Rückgang gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)
1966	8,9
1967	1,2
1968	4,7
1969	4,4
1970	– 2,7
1971	– 0,2
1972	6,8
1973	9,1
1974	– 0,7
1975 (1.–3. Quartal)	– 11,0

Im dritten Quartal 1974 fiel die Industrieproduktion um 2,1 Prozent, im vierten Quartal um 5,0 Prozent und im Januar 1975 sogar um 9,4 Prozent. Zugleich stieg die offizielle Arbeitslosenquote auf 9,0 Prozent im Januar (8,2 Millionen) und erreichte mit 9,1 Prozent (8,4 Millionen) im März 1975 ihren vorläufigen Höhepunkt. Das ist die höchste Arbeitslosenrate seit 33 Jahren!

Diese zyklische Krise verband sich mit einem ganzen Komplex von Krisenerscheinungen, die Ausdruck der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus als Ganzes sind. Dazu gehört, daß sich das internationale Kräfteverhältnis weiter zuungunsten des USA-Imperialismus veränderte, was unter anderem dazu führte, daß der Imperialismus nicht mehr wie früher die Rohstoffpreise bestimmen kann; dazu gehören die latente Inflation, die Energiekrise und die ökologische Krise. All das sind Krisenerscheinungen, die

die ökonomische Basis des Imperialismus erfassen und von diesem nicht mehr beseitigt werden können. Er kämpfte Lohnerhöhungen hielten mit den wachsenden Inflationsraten nicht mehr Schritt. Die Reallöhne sanken.

Jahr	Zahl der Arbeitslosen (in 1 000)	Arbeitslosenquote ⁴⁴ (in Prozent)
1968	2 817	3,6
1969	2 832	3,5
1970	4 088	4,9
1971	4 993	5,9
1972	4 840	5,7
1973	4 304	5,2
1974	5 076	5,6
1975 (1. Hjhr.)	8 144	8,9

Inflationsraten und Reallohnentwicklung seit 1970⁴⁵

Jahr	jährliche Inflationsraten (Verbraucherpreise)	Reallohnentwicklung
1970	5,8	— 0,5
1971	4,3	1,4
1972	3,2	1,8
1973	6,2	— 4,2
1974	11,0	— 5,1
1975	9,8	

Die gegenwärtige Krise ist tiefer als irgendeine Krise seit den dreißiger Jahren. Gus Hall analysierte in einem besonderen Abschnitt des Rechenschaftsberichtes an den XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der USA das Ausmaß der Wirtschaftskrise, die, wie er formulierte, „eine Stimmung der Unsicherheit, des Schocks, der Furcht und der Enttäuschung“ hervorruft. Er wies darauf hin, daß 37 Millionen Amerikaner, davon allein über 50 Prozent der älteren Bürger, unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, die von der Regierung genannten Arbeitslosenquoten auch nicht annähernd alle Arbeitslosen erfassen, die Jugend von der Krise als „überflüssige Generation“ gebrandmarkt wird und die ökonomische Krise dazu führt, daß die „großen

Städte . . . sich zu den Slums der Nation, zu den Zentren der Unterdrückung, der Unterernährung und der Korruption“ entwickeln. Gus Hall betonte, daß die Zeiten einer gewissen ökonomischen Stabilität des Kapitalismus der USA vorbei sind: „Für den Kapitalismus gibt es keine Periode der ökonomischen Stabilisierung mehr . . . Es gibt Anzeichen dafür, daß der Kapitalismus in den USA den Talfahrten des britischen und französischen Kapitalismus in den vergangenen zehn Jahren folgen wird.“⁴⁶

Die Politik der USA-Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, die sozial besänftigend wirken sollen, gerät in eine offene Krise. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden zahlreiche soziale Bundesprogramme gekürzt bzw. zurückgestellt. Allein im Vorschlag von Gerald Ford für den Bundeshaushalt 1975/76 sind Einsparungen von 17 Milliarden Dollar gegenüber den ursprünglich vorgesehenen Sozialausgaben geplant, während sich die Ausgaben für „nationale Verteidigung“ um rund acht Milliarden Dollar erhöhten. „Den Amerikanern“, so verkündete Henry Kissinger, „sind die meisten politischen Programme mit dem Argument verkauft worden, sie brächten ihnen Entlastung. Heute müssen wir ihnen klarmachen, daß es Entlastung niemals geben wird.“⁴⁷

Die wachsende ökonomische Labilität macht den herrschenden imperialistischen Kreisen das Regieren schwieriger. Das ist für alle entwickelten kapitalistischen Länder typisch. Die Schärfe der ökonomischen und sozialen Widersprüche in den USA, das offenkundige Scheitern aggressiver außenpolitischer Konzeptionen des USA-Imperialismus lassen angesichts der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung von Wirtschaft und Demokratie in der sozialistischen Staatengemeinschaft die Überlebtheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Hauptland des Imperialismus besonders deutlich hervortreten. All dies wirkt sich tiefgreifend auf den Mechanismus der bürgerlichen Demokratie in den USA aus, dessen zunehmende Krisenanfälligkeit sich in einigen spezifischen Erscheinungsformen widerspiegelt. Die Beziehungen zwischen Kongreß und Präsident, die bisherigen Methoden der Zerstörung und Beseitigung der demokratischen Rechte, das bestehende Zweiparteiensystem funktionieren nicht mehr so wie bisher. Auch die Eskalation autoritärer und offen antidemokratischer Regierungspraktiken, wie sie Richard Nixon anwandte, beeinflusste die sich zuspitzende politische Krise nicht unwesentlich. Die Mehrheit der Bevölkerung reagiert seitdem empfindlicher und schärfer darauf, wenn Grundsätze bürgerlicher Demokratie offen verletzt werden. Selbst der Druck der Arbeiterklasse auf die politischen Institutionen der bürgerlichen Demokratie ist heute fordernder. Und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Monopolkapitals, „ob der Ausweg in offener Klassenaggression und faschistischer Unterdrückung oder in Konzessionen zu suchen ist“, nehmen zu.⁴⁸ Unter diesen Bedingungen vertiefen sich jene latenten Krisensymptome der bürgerlichen Demokratie, die bereits seit Ende der sech-

ziger Jahre unübersehbar waren. Es sind dies die tiefe Vertrauenskrise zwischen der Mehrheit der Bevölkerung einerseits sowie der Regierung und dem bestehenden Parteiensystem andererseits, die Krise zwischen dem Staat und den Forderungen der ethnischen Minderheiten, insbesondere der Afroamerikaner, nach wirtschaftlicher, politischer und sozialer Gleichberechtigung, die Krise der Bürgerrechte und die Verfassungskrise zwischen der Präsidentialgewalt und dem Kongreß.⁴⁹

Seit einigen Jahren besteht in den USA eine „Vertrauenskrise zwischen dem Volk als Ganzem und der Regierung“.⁵⁰ In den USA, in denen das System der imperialistischen Meinungsmanipulierung besonders wirksam ist, äußerte sich der Vertrauensverlust der Bürger gegenüber dem Staat bisher vor allem in der Kritik äußerer Erscheinungen. So erklärten im September 1973 über 70 Prozent der angesprochenen US-Amerikaner in einer Meinungsumfrage, die ein Unterausschuß des Senats durchführen ließ, daß vor allem „die Käuflichkeit der Politiker“ ein ernstes nationales Problem sei, und 61 Prozent hielten die „Unfähigkeit der Regierung, Probleme zu lösen“, für das eigentliche Grundübel.⁵¹ Lediglich 19 Prozent der Bevölkerung bekundeten „ein großes Maß an Vertrauen“ gegenüber der Exekutive (1972: 27 Prozent, 1966: 41 Prozent). Die USA unterscheiden sich in dieser Hinsicht von anderen imperialistischen Hauptländern, wo der Vertrauensverlust der Bürger gegenüber den Institutionen des Staates und den bürgerlichen Parteien mit Wahlerfolgen der kommunistischen Parteien und mit der Erkenntnis einhergeht, daß das kapitalistische Gesellschaftssystem untauglich und überlebt ist. In den USA jedoch sah, zumindest Ende 1973, die Mehrheit der Bevölkerung der USA die Ursache für den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang lediglich darin, daß nicht „die richtigen Leute“ regieren.

Hinzu kommt, daß die für den politischen Machtmechanismus des USA-Imperialismus charakteristische Kombination einer mächtigen Finanzoligarchie mit einem präsidentialen Regierungssystem, das von einem fest etablierten kapitalistischen Zweiparteiensystem abgesichert wird, es der Arbeiterklasse und den demokratischen Bewegungen außerordentlich erschwert, Einfluß auf die Gesetzgebung und die Staatspolitik zu nehmen. Das politische System der USA hat sich unter diesen Bedingungen zu einem der raffiniertesten Mechanismen imperialistischer Herrschaftsausübung entwickelt. Die Tatsache, daß die politischen Institutionen der bürgerlichen Demokratie in den USA weitgehend gegen die Volksmassen abgeschirmt sind, verschärft in der Gegenwart in besonderem Maße den Widerspruch zwischen dem demokratischen Anspruch dieser Institutionen (der beiden Parteien, des Kongresses, des Präsidenten) und ihrer tatsächlichen Stellung als Instrumente des Monopolkapitals. Es wird offensichtlich, daß diese Institutionen keine Sachwalter der Volksinteressen sind. Im Gegenteil! Sie bemühen sich, die Krisenlasten auf die

Werkträgigen abzuwälzen und den Monopolen trotz der Wirtschaftskrise wachsende Profite zu ermöglichen.

Der Vertrauensverlust der USA-Bürger gegenüber den bürgerlich-demokratischen Institutionen erhöht deshalb nicht nur die Instabilität des zentralen staatlichen Machtmechanismus (so verfügt zum Beispiel die Partei des regierenden Präsidenten im Repräsentantenhaus nicht einmal mehr über ein Drittel der Abgeordneten). Die sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Widersprüche, die Bereitschaft von Teilen der Arbeiterklasse der USA, organisierte Kampfformen zu entwickeln, und gewisse Ansätze einer breiten antimonopolistischen Volksbewegung gegen Inflation und Arbeitslosigkeit lassen neue Möglichkeiten entstehen, um die politischen und rechtlichen Barrieren zu überwinden, die den Volksmassen die Einflußnahme auf die Präsidentschaftswahlen und den Zugang zum Kongreß versperren.

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen vertiefen auch die Krise zwischen dem imperialistischen Staat und der afroamerikanischen Bevölkerung. Der Kampf der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre erreichte nur geringe Fortschritte, die sich vor allem in einigen gesetzlichen Bestimmungen und in Gerichtsentscheidungen gegen rassistische Praktiken ausdrückten. Die Nixon-Administration war jedoch weder imstande noch gewillt, die Bürgerrechtsgesetze und die Gerichtsentscheidungen durchzusetzen und gegen die zunehmenden Pogrome weißer Rassisten vorzugehen. Sie hofierte die Reaktionen aus den Südstaaten mit der „südlichen Strategie“ und betrieb eindeutig Rassenpolitik. Das wiederum ermunterte die Kapitalisten noch vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise, die Afroamerikaner verstärkt zu diskriminieren.⁵² „Die Krise in bezug auf Armut und Arbeitslosigkeit, mit der die schwarzen Amerikaner heute konfrontiert sind“, so betont der Vorsitzende der KP der USA, Henry Winston, „kann mit der Lage keiner anderen Bevölkerungsschicht in den USA . . . verglichen werden.“⁵³

Die direkte Bedrohung der Existenz vieler afroamerikanischer, aber auch weißer Arbeiter trägt dazu bei, daß die Bürgerrechtsbewegung eine neue Stufe erreicht. Das widerspiegelt sich im Ansatz bereits in gemeinsamen Aktionen gegen sinkende Reallöhne, gegen Arbeitslosigkeit und Rassenhetze. Dabei ist nicht zu übersehen, daß gegenwärtig die herrschende Klasse neben dem Antikommunismus verstärkt auch die Waffe des Rassismus einsetzt, um die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse zu lähmen. Um so bedeutungsvoller ist, daß Teile der Arbeiterbewegung und der Bewegung der Befreiung der Afroamerikaner gemeinsam mit Abgeordneten des Kongresses den Kampf für soziale Verbesserungen, für ein „Gesetz 1976 über Chancengleichheit und Vollbeschäftigung“ führen.⁵⁴

Angesichts des beginnenden Massenkampfes gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise drängt auch die Krise der Bürgerrechte in den USA nach

einer demokratischen Lösung. Die Krise der Bürgerrechte in den USA äußert sich darin, daß die Möglichkeiten der Bürger, ihre Rechte zu nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen, sehr begrenzt sind. Allein schon der Versuch der demokratischen Bewegung, die in der Verfassung zugesicherten Grundrechte wahrzunehmen, stößt auf ein System staatlicher und außerstaatlicher Zwangsmaßnahmen. „Protest ist, vom Inhalt her betrachtet, generell negativ“⁵⁵ — diese Devise des damaligen Vizepräsidenten der USA, Spiro Agnew, macht recht drastisch die Einstellung maßgeblicher Politiker der USA zu den Rechten der Bürger deutlich. Grundrechte sollen danach lediglich die Funktion haben, den herrschenden imperialistischen Kreisen und deren Politik zu huldigen. Wenn einst Thomas Jefferson „ewige Feindschaft gegen jede Form der Tyrannei über den Geist des Menschen“ schwor⁵⁶, so war das in den USA nie aktueller als in der Gegenwart. Bei einem Senats-Hearing (Anhörung im Senat) im Jahre 1971 stellte sich heraus, daß über einen durchschnittlichen Amerikaner zwischen zehn und zwanzig Regierungs- oder Privatakten angefertigt worden sind.⁵⁷ Bereits Anfang der sechziger Jahre waren 13,5 Millionen US-Amerikaner „im Rahmen irgendeines Sicherheits- oder Zuverlässigkeits-Programms“ überprüft worden.⁵⁸ 1,5 Millionen Namen enthält allein die Datenbank über „subversive Tätigkeiten“.⁵⁹ Die Unterdrückungsmaschinerie hat die Aufgabe, die Bürger einzuschüchtern, irrezuleiten und die bewußtesten Vertreter der Arbeiter, Bürgerrechts- und Friedensbewegung zu überwachen, gegebenenfalls zu inhaftieren oder gar physisch zu vernichten. Ihre Methoden sind unter anderem: die Volksbewegung zu unterwandern; Organisationen und Zeitungen zu gründen, die die demokratischen Kräfte desorientieren; Provokationen, Einbrüche, Morde zu organisieren und rassistische, militaristische und faschistische Organisationen zu ermuntern, gegen die demokratische Bewegung und deren Zeitungen vorzugehen. Dazu gehören weiter die intensive Infiltration der Presseagenturen und Massenmedien durch FBI und CIA, Brutalität gegen inhaftierte Demonstranten, ihre Verurteilung zu beträchtlichen Freiheitsstrafen (z. B. der „Zehn von Wimblington“ zu 282 Jahren Gefängnis). Der Präsident beansprucht das Recht, Streiks zu verbieten oder auf Grund von Notstandsermächtigungen aus dem zweiten Weltkrieg Konzentrationslager einzurichten. Gegen alle bedeutenderen demokratischen Organisationen — gegen die Bürgerrechtsvereinigungen wie gegen die Gewerkschaften — existieren jeweils spezielle Abwehrprogramme des FBI.⁶⁰ Anzeichen sprechen dafür, daß heute selbst diese Methoden, die darauf abzielen, die Bürgerrechte zu zerstören, in eine Krise geraten sind und nicht mehr den Aufschwung der antimonopolistischen Bewegung in den USA verhindern können. Die Empörung der Masse der US-amerikanischen Bevölkerung über Watergate und über die antidemokratischen Praktiken von CIA und FBI zwingt die herrschenden imperialistischen Kreise, offen terroristische

Methoden vorsichtiger anzuwenden. Die Folgen der Wirtschaftskrise erzeugen eine Kampf Stimmung unter den Volksmassen, und es wächst die Tendenz zum Zusammenschluß der verschiedenen demokratischen Strömungen, wie das seit Jahrzehnten nicht zu beobachten war.

Auch die seit mehreren Jahren latente Verfassungskrise zwischen der vom Präsidenten verkörperten Exekutive und der Legislative in Gestalt des Kongresses wird von den schweren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen beeinflusst. Diese Krise, die im Zusammenhang mit den reaktionären Wandlungen im zentralen staatlichen Machtmechanismus ausführlich darzustellen ist, äußerte sich in zunehmenden politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß vor allem über Fragen der Außenpolitik, der Sozialpolitik und der Kompetenzverteilung. Diese Kontroversen, die auf die Gesetzgebung, die Bewilligung von finanziellen Mitteln und die Funktionsfähigkeit des zentralen staatlichen Machtmechanismus in bedeutendem Maße einwirken, widerspiegeln Differenzen innerhalb der Monopolbourgeoisie. Infolge der sich verschärfenden ökonomischen Widersprüche, des erzwungenen Rücktritts von Richard Nixon und der Tatsache, daß der Aggression der USA in Indochina ein Ende gesetzt worden ist, verlagert sich der Schwerpunkt der Meinungsverschiedenheiten auf die Frage nach den unter den gegenwärtigen Bedingungen geeigneten Methoden, um die Herrschaft weiter ausüben zu können, sowie der Wirtschaftspolitik. Die „Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Kampf gegen den Komplex von Krisenerscheinungen ist durch schroffes Hin und Her gekennzeichnet und ruft unter der herrschenden Klasse ungewöhnlich heftige Divergenzen in einzelnen Fragen hervor“⁶¹. Mit dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Krisenlasten — unter anderem gegen die Kürzung der Sozialprogramme durch den Präsidenten — sehen sich gerade auch die Abgeordneten und Senatoren des Kongresses zugleich mit vielfältigen politischen und sozialen Forderungen ihrer Wähler konfrontiert.